

gesteckt, aber die von ihnen unterstützten Kandidaten haben fast alle verloren. Nach so großen Verlusten werden sie wohl irgendwann den Geldhahn zudrehen. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, dass die

Demokraten in den nächsten Jahren die Grundlagen für eine progressivere Politik legen können, die sich vielleicht erst in 10 oder 15 Jahren verwirklichen lässt – durch die Nachfolger Obamas. ■

Michael Bröning

Halbzeit: Vier Jahre Obama in Nahost

Die Erwartungen nach Barack Obamas »Rede an die muslimische Welt« in Kairo 2009 waren hoch. Von einem Neuanfang in den Beziehungen zu den islamisch geprägten Ländern war die Rede. Jetzt, nach Arabischem Frühling einerseits und brennenden Botschaften andererseits stellt sich die Frage: Gab es eine Art Neuanfang oder ist Obama gescheitert?

Schon bevor die letzten Stimmen der US-Präsidentschaftswahlen ausgezählt waren, erreichten das Weiße Haus Glückwünsche aus dem Nahen Osten. Vom israelischen Ministerpräsidenten bis zum ägyptischen Staatschef beeilten sich nahöstliche Machthaber, dem Präsidenten zur Wiederwahl zu gratulieren. Der Form war somit genüge getan. Dennoch konnte dies nicht darüber hinweg täuschen, dass in der arabischen Welt – und in Israel – von Euphorie keine Rede sein konnte.

Rückblick: Im Juni 2009 verkündete der neu gewählte US-Präsident in einer dramatisch choreografierten »Rede an die muslimische Welt« in Kairo »einen Neuanfang in den Beziehungen«. Die Vereinigten Staaten, so erklärte Obama, »waren nie und werden sich nie im Krieg mit dem Islam befinden«.

Dreieinhalb Jahre später: Im September 2012 brennen von Bengasi über Tunis bis in den Jemen amerikanische Botschaften. Erstmals seit 30 Jahren kommt ein Botschafter bei einem Angriff ums Leben. Für konservative Meinungsmacher ist der Fall damit klar: Der »Neuanfang« ist gescheitert. Auf *Fox News* schimpft Rechts-Außenkommentator Pat Buchanan, »Obamas Gesamtstrategie in Nahost sei zusammenge-



Michael Bröning

(*1976) ist Referent in der Abteilung Internationale Entwicklungsarbeit der FES. Im Februar 2013 erscheint von ihm bei Palgrave: *Political Parties in Palestine – Leadership and Thought*.

michael.broening@fes.de

brochen«, während der republikanische Präsidentschaftsbewerber im *Wall Street Journal* seinen Daumen senkt: Obama habe »Konflikte und Instabilität im Nahen Osten entscheidend verschärft«. Selbst die ansonsten unerschütterlich pro-demokratische *Washington Post* verkündet ungerührt den »Kollaps« der »Kairo-Doktrin«.

Derlei Kritik ist überzogen. Dies jedoch nicht nur, weil sie eine Momentaufnahme extremistischer Gewalt überzeichnet, sondern auch weil von einer umfassenden »Obama-Doktrin« in Nahost in den ersten vier Jahren keine Rede sein kann. Unabhängig von Redemanuskripten griffen unter Obama vielmehr kühle Machtkalkulation und wertegeleiteter Idealismus flexibel ineinander.

Beispiel Israel-Palästina: Entgegen optimistischer Ankündigungen zu Amtsantritt stehen sich Israelis und Palästinenser nach

wie vor unversöhnlich gegenüber. Der ursprünglich engagierte Versuch Obamas, die Regierung Netanjahu zu einem langfristigen Einlenken im Siedlungsbau zu bewegen, misslang ebenso wie – daraus resultierend – die Bemühung, belastbare Endstatusverhandlungen mit der nach wie vor zwischen Hamas und Fatah zerstrittenen palästinensischen Autonomiebehörde anzuberaumen. Was bislang bleibt: Frustration in Tel Aviv, Ramallah und nicht zuletzt in Washington selbst.

Beispiel Irak: Ende des Jahres 2011 wurden die letzten US-Kampftruppen aus dem Zweistromland abgezogen. Eines der längsten US-Militärabenteuer kam somit wie vom Amtsvorgänger anvisiert und von Obama verkündet zu einem Ende. Die Konflikte im Irak sind jedoch auch nach dem Truppenrückzug keineswegs gelöst. Der September 2012 etwa war einer der blutigsten Monate der vergangenen zwei Jahre. Unschöner Beigeschmack: Entgegen vorherigen Ankündigungen bemühte sich Obama hinter verschlossenen Türen vergeblich um eine längere Verweildauer der Truppen. Der Abzug erscheint so letztlich eher als von Irakern erzwungen denn als freigewählte Grundsatzentscheidung des Wandels.

Ähnlich ambivalent verhält es sich mit den diplomatischen US-Ouvertüren gegenüber Teheran und dem vermuteten iranischen Atomwaffenprogramm. Hier sind seit Amtsantritt Obamas kaum politische Fortschritte zu verzeichnen, wenn man von einem verschärften Sanktionsregime absieht. Ein umfassender diplomatischer Neustart blieb aus. Ob neue diplomatische Initiativen vor den für Juni angesetzten Präsidentschaftswahlen im Iran zu erwarten sind, ist unklar. Als kleinster gemeinsamer Nenner des Erfolges wäre allerdings immerhin darauf zu verweisen, dass zumindest eine militärische Eskalation unter Obama verhindert wurde.

Und natürlich Syrien: Entgegen den Hoffnungen Washingtons setzte der syri-

sche Machthaber zunehmend auf Repression statt auf Reformen. Hierauf fand die US-Regierung bislang keine überzeugende Antwort. Gerade von republikanischer Seite wurde ihr dies zunehmend als Führungsschwäche vorgehalten. Dabei verweist allerdings auch kein Kritiker auf überzeugende Alternativen – gerade angesichts der bekannten Widerstände in Moskau und Peking.

Israel-Palästina, Irak, Iran, Syrien ...; als vorläufige Bilanz bleibt hier vor allem Ernüchterung. Würde eine Bestandsaufnahme hier enden, sie fiel enttäuschend aus. Unberücksichtigt bliebe dabei freilich eine Reihe von Grundsatzentscheidungen, mit denen Obama sehr wohl schon jetzt (nahöstliche) Geschichte geschrieben hat.

Entscheidungen gegen den Status Quo

Vorhang auf für die – zumindest relativen – Erfolgsgeschichten des Arabischen Frühlings: Tunesien, Libyen, Ägypten, und Jemen. Hier wäre der rasche Zusammenbruch der autoritären Regime von US-amerikanischen Gnaden ohne einen Paradigmenwechsel in Washington kaum möglich gewesen.

Denn, was oft übersehen wird, die Unterstützung der Protestbewegungen und auch die Anerkennung der Wahlerfolge islamistischer Parteien in der Folge der Aufstände war beileibe keine Selbstverständlichkeit. Noch 1991 in Algerien hatte sich die erste Regierung Bush klar für den Erhalt eines undemokratischen Status Quo stark gemacht. Wahlergebnisse wurden ignoriert. Ähnlich positionierte sich die Regierung George W. Bush zum Wahlerfolg der islamistischen Hamas in Palästina. Auch hier galt: Stabilität statt demokratische Prinzipien.

Obamas Ansatz, Normen in entscheidenden Punkten über traditionell definierte Interessen und ausschlaggebende Stabi-

litätskonzepte zu stellen, ist durchaus Neuland – und mit Risiken behaftet. Letztlich setzt die US-Regierung darauf, die aufgewerteten islamistischen Parteien in Tunesien, Ägypten und anderswo durch politische Integration zu domestizieren. Für diese Annahme gibt es gute Gründe. Wirklich klar ist bislang jedoch nur eines: Die Entscheidung gegen den Status Quo wird die politische Entwicklung im Nahen Osten für die kommenden Jahre maßgeblich prägen.

Trotz dieser progressiven Haltung zum politischen Wandel des Arabischen Frühlings blieb Obama jedoch zugleich in Kernfragen traditionellen US-Politiklinien treu. Die Versuche eines demokratischen Aufbruchs in Bahrain etwa, dem Stützpunkt der fünften US-Flotte, wurden als inakzeptabel ausgeschlossen. Ebenso eine beginnende Demokratiebewegung in Saudi-Arabien. Einer umfassenden Werteorientierung wurden hier durchaus realpolitische Grenzen gesetzt. So viel Idealismus wie möglich, so viel Realismus wie nötig, so könnte man den Ansatz auf den Punkt bringen. Nicht zu vergessen ist hier zudem die hartnäckige Fortsetzung des »Kriegs gegen den Terror« der Regierung Bush mit anderen Mitteln. Expandierende und zumindest fragwürdige Drohneneinsätze sowie die unnachgiebige Jagd auf Osama bin Laden legen hiervon Zeugnis ab.

In der Summe entsteht so ein komplexes Bild der ersten vier Jahren Barack Obama in Nahost. Kontinuität traf auf hohe Erwartungen, die in einer zunehmend multipolaren Welt mit strategisch neuen Herausforderungen – nicht zuletzt in Asien – bisweilen überzogen gewesen sein mögen. Zu verzeichnen ist jedoch zugleich eine couragierte Neuausrichtung Obamas in Kernfragen des Arabischen Frühlings. Angesichts der katastrophalen Bilanz des Amtsvorgängers ist dies sicher nicht die negativste aller möglichen Bilanzen – und keine schlechte Ausgangsposition für eine zweite Halbzeit. ■